





StadtA Sankt Aug., ME 1418, Bl. 1

# Der Regierungspräsident

53.7.2.2 -

im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Postanschrift: 5 Köln 1, Postfach 1448

An

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

53 Bonn

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

52 Siegburg

die Stadtverwaltung in Beuel  
über den Oberkreisdirektor

53 Bonn

die Gemeindeverwaltungen der Gemeinden  
in Hangelar und Mülldorf  
über den Oberkreisdirektor

52 Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch  
Änderung der Verleihungsurkunde

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein - Westfalen in Düsseldorf beabsichtigt, auf Antrag der Industriebahn GmbH. in Frankfurt/Main, die in der Erlaubnisurkunde unter Ziffer 13 zum Betrieb der Kleinbahn Beuel - Großenbusch festgelegte Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h auf 40 km/h heraufzusetzen.

Gemäß § 22 des Landeseisenbahngesetzes bitte ich hierzu um Ihre baldmöglichste Stellungnahme.

Sollten nach Ihrer Auffassung Interessen Dritter hierdurch berührt werden, bitte ich, mir das bis 25. Juni 1968 mitzuteilen, damit eine Offenlegung des Vorhabens erfolgen kann.

Im Auftrag  
gez. A s c h





StadtA Sankt Aug., ME 1418, Bl. 1

Der Regierungspräsident

53.7.2.2 -

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Postanschrift: 5 Köln 1, Postfach 1448

An

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

53 Bonn

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

52 Siegburg

die Stadtverwaltung in Beuel  
über den Oberkreisdirektor

53 Bonn

die Gemeindeverwaltungen der Gemeinden  
in Hangelar und Mülldorf  
über den Oberkreisdirektor

52 Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch  
Änderung der Verleihungsurkunde

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes  
Nordrhein - Westfalen in Düsseldorf beabsichtigt, auf Antrag der  
Industriebahn GmbH. in Frankfurt/Main, die in der Erlaubnisurkunde  
unter Ziffer 13 zum Betrieb der Kleinbahn Beuel - Großenbusch festge-  
legte Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h auf 40 km/h heraufzusetzen.

Gemäß § 22 des Landeseisenbahngesetzes bitte ich hierzu um Ihre  
baldmöglichste Stellungnahme.

Sollten nach Ihrer Auffassung Interessen Dritter hierdurch berührt wer-  
den, bitte ich, mir das bis 25. Juni 1968 mitzuteilen, damit eine Offen-  
legung des Vorhabens erfolgen kann.

Im Auftrag  
gez. A s c h



Beglaubigt:  
*Hünning*  
Regierungsangestellter

ME 1418



Der Regierungspräsident

53.7.2.2 -

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Postanschrift: 5 Köln 1, Postfach 1448

An

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

53 Bonn

den Oberkreisdirektor -Straßenverkehrsamt-

52 Siegburg

die Stadtverwaltung in Beuel  
über den Oberkreisdirektor

53 Bonn

die Gemeindeverwaltungen der Gemeinden  
in Hangelar und Mülldorf  
über den Oberkreisdirektor

52 Siegburg

Betr.: Kleinbahn Beuel - Großenbusch  
Änderung der Verleihungsurkunde

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes  
Nordrhein - Westfalen in Düsseldorf beabsichtigt, auf Antrag der  
Industriebahn GmbH. in Frankfurt/Main, die in der Erlaubnisurkunde  
unter Ziffer 13 zum Betrieb der Kleinbahn Beuel - Großenbusch festge-  
legte Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h auf 40 km/h heraufzusetzen.  
Gemäß § 22 des Landeseisenbahngesetzes bitte ich hierzu um Ihre  
baldmöglichste Stellungnahme.

Sollten nach Ihrer Auffassung Interessen Dritter hierdurch berührt wer-  
den, bitte ich, mir das bis 25. Juni 1968 mitzuteilen, damit eine Offen-  
legung des Vorhabens erfolgen kann.

Im Auftrag  
gez. A s c h



Beglaubigt:  
*Hümburg*  
Regierungsangestellter



Sie g k r e i s  
Der Oberkreisdirektor  
- 10/2 - 02 B -

Urschr.  
an den Herrn  
Amtsleiter  
in 5261 Sgb.-Mülldorf

Siegburg, den 14.6.1968/K.

Amt Menden

18. Juni 1968

11/32

Ei!!

weitergeleitet.

Auf die Ausführungen im letzten Absatz der Verfügung des Herrn  
Regierungspräsidenten weise ich besonders hin. Ihre Stellungnahme  
bitte ich auf dem Dienstwege vorzulegen.

Im Auftrage:

32 R Montag

Amt für öffentliche Ordnung

24.6.1968

1.) An den  
Herrn Regierungspräsidenten

5000 K 8 1 n  
Auf dem Dienstwege

am 24.6.68 Herrn  
H.A. Kötter persönlich abgegeben

32

Betr.: Kleinbahn Beuel-Großenbusch  
Änderung der Verleihungsurkunde

Bezug: Verfügung vom 6. 6. 1968 - 53.7.2.2. -

Gegen die beabsichtigte Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit  
der Kleinbahn Beuel-Hangelar von 25 km/h auf 40 km/h bestehen  
keine Bedenken.

In Vertretung:

*[Handwritten signature]*

2.) b. a. a. 32 70-20

*[Handwritten mark]*



StadtA Sankt Aug., ME 1418, Bl. 4

32 70-20

Der Regierungspräsident

53.7 - 7158 -

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben

Postanschrift: 5 Köln 1, Postfach 1448

An den  
Amtdirektor  
des Amtes Menden

5201 Menden

Amt Menden  
Eing. - 1. JULI 1969  
Abteilung für Amt

5 Köln, den 24. Juni 1969

Zeughausstraße 4  
Telefon 20901 - Durchwahl 2090 /348  
Fernschreiber 08881 451

Sprechzeiten  
dienstags und donnerstags von 8.30 - 12.30 Uhr  
Wiedergutmachungsdezernat Krebsgasse 5-11  
nur dienstags von 8-17 Uhr

Anlg.: -1-

Als Anlage übersende ich eine Durchschrift meiner heute erteilten  
Ersatzerlaubnis für die Firma Deutsche Vialit-GmbH. in Beuel  
zur Kenntnis.

Im Auftrag  
gez. Werner



Beglaubigt

Hünning  
Regierungsangestellte

7. Vorgang Kleinbahn  
Ant 32

1/ z. d. A  
Q



**E r s a t z e r l a u b n i s u r k u n d e**

Als Ersatz für die vermutlich durch Kriegseinwirkung in Verlust geratene Erlaubnisurkunde wird der Firma:

Deutsche Vialit - Gesellschaft mbH., Beuel, Maarstr.100,

auf Grund des Landeseisenbahngesetzes vom 5.2.1957 in Verbindung mit der Verordnung über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen (BOA) vom 31.10.1966 die Erlaubnis zum Betrieb des Privatgleisanschlusses -angeschlossen an die Kleinbahn Beuel- Großenbusch (Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft mbH., Frankfurt/M.) gemäß dem anliegenden und mit meinem Genehmigungsvermerk versehenen Lageplan erteilt.

Diese Erlaubnis erfolgt im Einvernehmen mit dem Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht bei der Bundesbahndirektion Köln und vorbehaltlich der Rechte Dritter unter folgenden Auflagen:

- 1) Die Bestimmungen des Landeseisenbahngesetzes vom 5.2.1957 und der Verordnung über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen (BOA) vom 31.10.1966 sind einzuhalten.
- 2) Die Gleise und Weichen sind nach den roten Einträgen in dem Lageplan vom 17.2.1969 vorhanden.
- 3) Für den Bau und die Unterhaltung der Gleise und Weichen gelten die Oberbauvorschriften mit Anhang (Obv und AsObv) der Deutschen Bundesbahn als Anhalt.
- 4) Der Schlüssel der Gleissperre verbleibt bei der betriebsführenden Stammbahn.
- 5) Der Anschließer hat seine Bediensteten nach § 23(3) und 29(10) der BOA eingehend zu unterrichten.
- 6) Die Gleisanlagen dürfen ohne vorherige eisenbahntechnische Prüfung des Entwurfs nicht erweitert oder geändert werden. Hierzu zählen auch Bauvorhaben über, neben oder unter den Gleisen.
- 7) Die Übertragung des Unternehmens oder des Betriebes sowie jede Erweiterung oder Änderung der Anlage oder des Betriebes sind der Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen.

K ö l n, den 24. Juni 1969

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

Im Auftrag

(L.S.)

gez. Werner

53.7 - 7158 -

Verwaltungsgebühr: 50.--DM



Beglaubigt

Himbürg  
Regierungsangestellte



Amt Menden

Empf. 9. JUNI 1969

II  
Amt Menden

## P r o t o k o l l

der Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft  
Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V. am 12. Mai 1969

Mit Schreiben vom 17. 4. 1969 wurden alle Mitglieder der Interessengemeinschaft, die Fa. Ribbenach Beuel sowie die Stadtverwaltung Beuel und die Amtsverwaltung Menden zu der ordentlichen Mitgliederversammlung im Rathaus-Restaurant der Stadt Beuel eingeladen.

Nicht anwesend waren die Mitgliedsfirmen Aithoff, Novaktinchemie sowie die Fa. Ribbenach als Nichtmitglied und die Vertreter der Gemeinden.

Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden um 15.00 Uhr eröffnet und die Tagesordnung wie folgt erledigt:

# 1. Abrechnung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft aus dem Jahre 1968

Der Vorsitzende berichtete über ein Zusammentreffen mit Herren der Deutschen Eisenbahngesellschaft am 16.4.1969, bei dem - wie mit Schreiben vom 8.5.69 zwischenzeitlich bestätigt - die Zusage gegeben wurde, die anstehende Ausgleichszahlung für Minderverfrachtungen im Jahre 1968 in Höhe von DM 11.617,98 zuzüglich 11 % Umsatzsteuer auf das Jahr 1969 zu übertragen, um sie auf evtl. Mehrverfrachtungen zu verrechnen.

Die von der Deutschen Eisenbahngesellschaft vorgebrachten Vorschläge für eine weitere Zusammenarbeit über den 31.12.69 hinaus wurden vom Vorstand abgelehnt und es wurde darauf hingewiesen, daß eine Fortsetzung des Zusammenarbeitsverhältnisses in der jetzigen Form nicht mehr tragbar ist. Die Deutsche Eisenbahngesellschaft hat dieses Verlangen des Vorstandes akzeptiert, weshalb von der Deutschen Eisenbahngesellschaft im Juni d.J. neue Vorschläge unterbreitet worden, die zu einer evtl. neuen Vereinbarung führen könnten.

Unter den Mitgliedern wurde diskutiert, welche Schritte unternommen werden können, wenn keine sinnvolle Einigung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft erzielt werden kann. Die Diskussion ergab, daß alle Mitglieder einig sind, die Interessengemeinschaft laut Bestimmung der Satzung zum 30.6.69 per 31.12.69 aufzulösen, da ein Weiterbestehen der Gemeinschaft nur dann von Interesse ist, wenn eine äußerst befriedigende Einigung mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft getroffen wird. Es ist daher notwendig, daß die Deutsche Eisenbahngesellschaft, wie ihr auch bereits mitgeteilt, mit jedem Anlieger der Industriebahn einzeln verhandelt.

Eine Stilllegung der Industriebahn wird zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr erwartet. Außerdem ist damit zu rechnen, daß auf Grund des Leber-Planes auch von der Regierung Nordrhein-Westfalen dazu keine Genehmigung erteilt wird.



- 2 -

Die Mitgliederversammlung beschloß mit einer Stimmenthaltung (Fa. Johann & Koenen), die Interessengemeinschaft nicht über den 31.12.69 hinaus fortzusetzen. Sie beauftragt den Vorstand, alle notwendigen Schritte zur Löschung des Vereins im Vereinsregister einzuleiten.

Nach dem Zusammentreffen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft werden die Mitglieder nochmals zusammentreffen, um gegebenenfalls den Liquidationsbeschluß aufzuheben.

Als Termin für das Zusammentreffen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft wird Montag, der 9. Juni 1969, 14.00 Uhr, im Rathaus-Restaurant der Stadt Beuel, vorgeschlagen. Der Deutschen Eisenbahngesellschaft ist vom Vorsitzenden entsprechende Mitteilung zu machen (erledigt mit Schreiben vom 13.5.69).

## 2. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1968

Der vom Vorstand erstattete Bericht über das Geschäftsjahr 1968 wurde von der Mitgliederversammlung in der vorgelegten Fassung einstimmig genehmigt. Den anwesenden Mitgliedern wurde die genehmigte Fassung des Geschäftsberichtes übergeben. Die nicht anwesenden Mitglieder erhalten den Geschäftsbericht mit der Übersendung des Protokolls.

## 3. Entlastung des Vorstandes

Auf Antrag von Herrn Dr. Rathgeber, Deutsche Violit GmbH, faßt die Mitgliederversammlung mit einer Gegenstimme (Fa. Johann & Koenen) folgenden Beschluß: Der Vorstand der Interessengemeinschaft wird für das Jahr 1968 entlastet.

## 4. Neuwahl des Vorstandes

Dieser Punkt entfällt, da der Vorstand im Jahr 1967 für zwei Jahre gewählt worden ist.

## 5. Verschiedenes

- a) Der Vertreter der Fa. Johann & Koenen legt der Mitgliederversammlung nochmals ihren Standpunkt über die Angelegenheit ihrer Austrittserklärung dar. Herr Linden rekapituliert an Hand der Schriftstücke den juristischen Tatbestand, wonach klargestellt wird, daß die Fa. Johann & Koenen zu dem damaligen Zeitpunkt aus der Interessengemeinschaft nicht entlassen werden konnte, da nach den Satzungen bis heute noch keine ausdrückliche Kündigung der Fa. Johann & Koenen vorliegt.

- 3 -



- 3 -

Die Fa. Johann & Koenen gibt der Mitgliederversammlung Kenntnis von einer Verhandlung zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Industriebahn Beuel, den Herren Weidner und Simon, mit Frau Koenen, wonach der Fa. Johann & Koenen bei Weiterverfrachtung die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft freigestellt und außerdem der Bau einer aufwendigen überdachten Rampe zugesagt wurde, ohne Selbstbeteiligung an den entstehenden Kosten.

Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß damit die Deutsche Eisenbahngesellschaft den Interessen der Gemeinschaft zuwiderhandelt und faßt folgenden Beschluß:

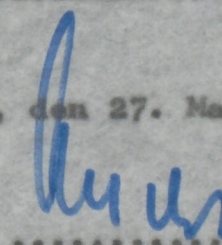
Eine Kündigung der Fa. Johann & Koenen, wenn sie erfolgen würde, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht angenommen werden. Der Vorstand hat sich mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft in Verbindung zu setzen und ihr nahelegen, auf Grund der mit der Fa. Johann & Koenen geführten einseitigen Verhandlungen die Verpflichtungen der Fa. Johann & Koenen gegenüber der Interessengemeinschaft vom 1.1.68 bis 30.6.69 voll zu übernehmen (Erldigt mit Schreiben vom 23.5.69).

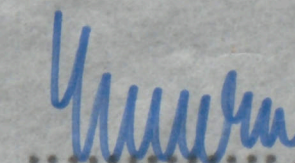
Nach Vorliegen der Antwort werden die Mitglieder einen Beschluß über die Annahme der vorzeitigen Kündigung treffen.

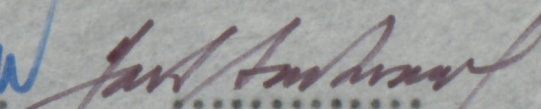
- b) Die aufgeworfene Frage über die Rechtsgültigkeit der Abmachungen mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft und Zahlung der Beiträge der Interessengemeinschaft an die Deutsche Eisenbahngesellschaft ohne Vorliegen eines Vertrages wird nach längerer Diskussion nicht für aussichtsreich erachtet und daher fallengelassen.

Die Mitgliederversammlung wurde um 17.00 Uhr geschlossen.

Beuel, den 27. Mai 1969

  
.....  
( Lukas )

  
.....  
( Linden )

  
.....  
( Andernach )



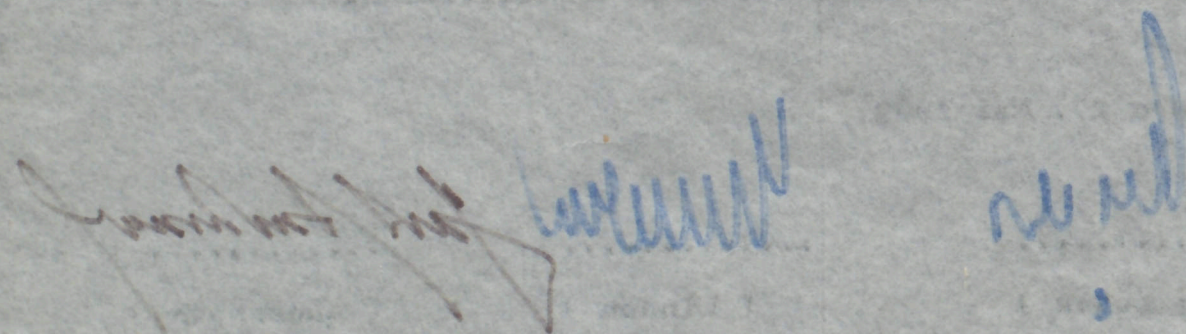
Geschäftsbericht

der

Interessengemeinschaft Kleinbahn Beuel-Großenbusch e.V.

für das

Geschäftsjahr 1968





Inhaltsangabe

1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen
2. Tätigkeitsbericht
3. Kassenbericht
4. Abschließende Bemerkungen



- (1) Der Vorstand legt hiermit gemäß § 10, Abs. 2 der Vereinssatzungen den nachfolgenden Geschäftsbericht für das 4. Vereinsjahr für die Zeit vom 1.1.1968 bis 31.12.1968 vor.

# 1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- (2) Soweit die Berichterstattung des vorhergehenden Geschäftsberichtes zu den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen auch für das Geschäftsjahr 1968 zutreffend ist, wird auf diese Vorberichterstattung hiermit ausdrücklich verwiesen.
- (3) Von der Mitgliederversammlung am 31.5.1968 wurde der am 29.4.66 für zwei weitere Jahre bestellte Vorstand entlastet und als neuer Vorstand wurde Herr Gert Andernach als Vorstandsvorsitzender sowie die Herren Lukas und Linden zu weiteren Vorstandsmitgliedern gemäß den Satzungen auf zwei Jahre gewählt.
- (4) Der Mitgliederbestand der Interessengemeinschaft hat sich im Berichtsjahr nicht verändert.  
Folgende Firmen gehörten der Interessengemeinschaft am 31.12.1968 an:

Fa.Kalthoff KG, Beuel  
A.W. Andernach K.G., Beuel  
Johann & Konen, Beuel  
Novaktinchemie GmbH, Beuel  
Thomas-Eisenhandel GmbH, Beuel  
B. Schwegmann KG, Beuel  
D utsche Vialitz GmbH, Beuel  
Rudolf Althoff, Beuel-Pützchen  
Kautex-Werke Hangelar  
Linco GmbH, Hangelar



- (5) Im Berichtsjahr hat am 31. Mai 1967 eine ordentliche Mitgliederversammlung stattgefunden. Die Mitgliederversammlung hat Beschluß für das Geschäftsjahr 1967 gefaßt und gleichzeitig den 3. Geschäftsbericht der Interessengemeinschaft verabschiedet.

## 2. Tätigkeitsbericht

- (6) Gegenüber der Berichterstattung für das Geschäftsjahr 1967 haben sich keine Veränderungen ergeben. Mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft haben keine weiteren Verhandlungen mehr stattgefunden, weil sich keine neuen Tatbestände ergeben haben, die weitere Verhandlungen ermöglicht oder zweckmäßig gemacht hätten.

- (7) Der mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft in Aussicht genommene Vertrag ist gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung nicht abgeschlossen worden. Das Verhältnis zwischen der Deutschen Eisenbahngesellschaft und der Interessengemeinschaft besteht gemäß Zweijahresvertrag weiter ohne irgendeine Rechtspflicht.

## 3. Kassenbericht

- (8) Die Interessengemeinschaft war auch für das Geschäftsjahr 1968 bereit, gegenüber der Deutschen Eisenbahngesellschaft ohne Anerkennung einer Rechtspflicht die Bestimmungen des Vertragsentwurfes vom 25.1.66 anzuwenden, obwohl berechtigte Wünsche der Mitglieder hinsichtlich der Beteiligung neuer Betriebe und Bedenken gegen die Verfrachtungsmöglichkeiten von Nichtmitgliedern bestehen.



- 5 -

(9) Einnahmen

an Beiträgen ab 18.4.68 - 8.5.69	DM 48.410,70
an Zinsen	DM 21,65
	DM 48.432,35
Kassenbestand am 18.4.68	DM 3.352,84
	DM 51.785,19

Ausgaben

an die Deutsche Eisenbahn-  
Gesellschaft wurden "unter Vorbehalt"

gezahlt:

für 1967	DM 23.241,11	
für 1968 à Conto	27.000,00	DM 50.241,11

Kassenbestand am 18.4.1969	DM 1.544,08
----------------------------	-------------

=====

(10) Beitragsermittlung für das Rechnungsjahr 1968

Die ursprüngliche Frachtgarantie betrug	DM 40.000,--
<u>abzügl.</u> 6,5% Beförderungssteuer als Umsatz- steuerentlastung	DM 2.600,--
Grundbeitrag 1968	DM 37.400,--

zuzügl. Index-Zuschlag gemäß § 3 der Bei-  
tragsordnung:

Bezüge des vergleichbaren Beamten 1963	DM 10.632,--
Bezüge des vergleichbaren Beamten 1968	DM 12.501,24
Erhöhung um 17,58%	DM 1.869,24

Damit Erhöhung des Grundbeitrages um 17,58 % von DM 37.400,--	DM 6.575,39
	DM 43.975,39

Hier wurde die Indexberechnung der  
Deutschen Eisenbahngesellschaft einge-  
setzt, die durch Gesamtvergleich ermit-  
telt wurde, aber um DM -,47 von dieser  
Berechnung abweicht.

zuzügl. Zuschlag für Wenigerverladung gemäß  
§ 3 (") der Beitragsordnung:

Verladungen im Jahre 1963 in to	25.289,2
" " " 1968 " "	21.757,9
Wenigerverladung 1968 in to	3.531,3



- 6 -

Übertrag: DM 43.975,39

Der ursprüngliche Zuschlagsatz je to betrug abz. 6,5% Beförderungssteuer, wie oben	DM 3,--
	<u>DM -,20</u>
	DM 2.80

zuzgl. Index-Zuschlag wie oben 17,58%	<u>DM -,49</u>
---------------------------------------	----------------

Anzuwendender Tonnensatz für 1968	<u>DM 3.29</u>
-----------------------------------	----------------

Damit 3.531,3 x 3.29	DM 11.617,98
----------------------	--------------

DM 55.593,37

<u>zuzügl. Mehrwertsteuer 11 %</u>	<u>DM 6.115,27</u>
------------------------------------	--------------------

Gesamtbeitragsaufkommen für das Rechnungsjahr 1968	DM 61.708,64
----------------------------------------------------	--------------

=====

Mehrwertsteuer

Der Mehrwertsteuersatz wurde im Rechnungsjahr 1968 von 10% auf 11 % erhöht, das würde bedeuten, daß für eine exakte Berechnung die vorliegenden Zahlen geteilt aufgerechnet werden müßten, was mit einer bedeutenden Mehrarbeit verbunden ist. Da alle unsere Mitglieder die Mehrwertsteuer ohnehin als durchlaufende Beträge absetzen, halten wir - auch mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Betrages - es für angebracht, das ganze Jahr mit 11 % durchzurechnen.

Wenigerverladung

Die Höhe des im Rechnungsjahr 1968 anfallenden Betrages für die Wenigerverladung ist bedeutend. Obwohl einige Mitglieder ihre Verfrachtung sehr erhöht haben, ist ein Gesamtrückgang der Verladungen zu verzeichnen.

Wir haben aus diesem Grunde mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft am 16.4.1969 verhandelt, insbesondere weil die Wenigerverladungszuschläge gerade die Firmen trifft, die mehr verladen haben. Auf Grund dieser Tatsache und des Umstandes, daß im ersten Vierteljahr 1969 die Verladungen um 1.800 to gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 1963 angewachsen sind, hat die Deutsche Eisenbahngesellschaft sich bereiterklärt, in Erwartung der Mehrverladungen für 1969 die Zuschläge für das Jahr 1968 nebst Mehrwertsteuer auf neue Rechnung vorzu-



tragen. Das bedeutet, daß diese Beitragsteile in Höhe von DM 11.617,98 + DM 1.277,98 für Mehrwertsteuer zwar berechnet, aber zunächst nicht eingefordert werden. Sollte sich endgültig eine Mehrverladung für das Jahr 1969 ergeben, werden diese Zuschläge aus 1968 damit verrechnet, allerdings nur in dem Maße und für die Firmen, die an der Mehrverladung 1969 beteiligt sind, siehe § 2 (1) der Beitragsordnung.

(11) Grundbeitragsermittlung 1968 für die einzelnen Mitglieder

Der Grundbeitrag besteht aus dem Festbeitrag gemäß § 1 (1)a der Beitragsordnung und dem variablen Beitrag gemäß § 1 (1)b. Die festen Beitragssätze wurden in der Mitgliederversammlung vom 29.4.66 wegen Austritts der Schamotte & Stein GmbH modifiziert, vom Beitrag dieser Firma in Höhe von DM 2.220,-- übernahm die Kautex 70 %, der Rest wurde auf die übrigen Mitglieder verteilt. Die Festbeiträge ergeben sich also analog der Abrechnung für das Jahr 1967.

Die variablen Beitragsteile in einer Gesamthöhe von DM 1.5845,-- werden ermittelt aus der Relation des tatsächlichen DM-Frachtaufkommens 1968 in Höhe von DM 122.026,20 zu den Frachtaufkommen der einzelnen Mitglieder.

Damit ergibt sich eine Beitragsermittlung gemäß Tabelle 1.

(12) Beitrag + Indexzuschlag 1968

Der Indexzuschlag beträgt lt. der Berechnung auf Seite 5 (10) vom Gesamtbetrag 17,58%. Da die Firma Rübenach jedoch an diesen Zuschlägen nicht, am Gesamtbeitragsaufkommen jedwohl wohl beteiligt ist, muß für diese Umlage der Erhöhungsbetrag in Relation zum Beitragsaufkommen ohne die Fa. Rübenach gebracht werden, die sich ergebende Relation beträgt dann (DM 6.575,39 zu DM 32.725,--) 20,1 %. Siehe hierzu Tabelle 2.

(13) Zuschlag für Wenigerverladung 1968

Der Zuschlag für die Wenigerverladung erfolgt nach den in § 2(2) der Beitragsordnung festgelegten Sätzen, die allerdings durch den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 29.4.66 modifiziert wurden. Siehe Tabelle 3.



Wie bereits gesagt, werden die Gesamtbeiträge für das Jahr 1968, wie sie sich endgültig aus der Tabelle 4 ergeben, berechnet, allerdings werden zunächst nur die Beiträge gemäß Tabelle 3 eingezogen. Inwieweit sich im Rechnungsjahr 1969 eine Verrechnungsmöglichkeit ergibt und für welche Firma sie in Frage kommt, kann erst mit der Endabrechnung für das Jahr 1969 ermittelt werden.

#### 4. Abschließende Bemerkungen

- (14) Abschließend dankt der Vorstand allen Mitgliedern und der Fa. Rübenach für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.
- (15) Der Vorstand bittet, diesen Geschäftsbericht genehmigend entgegenzunehmen und ihn für das Geschäftsjahr zu entlasten.

Beuel, den 12. Mai 1969

Der Vorstand

.....  
Andernach

.....  
Linden

.....  
Lukas



Tabelle 1

	Jahresfest- beitrag in DM	Variabler Umsatz in DM	Jahresbeitrag % Umlage in DM	Zusammen Sp.1 + 4 in DM	abzüglich 6,5 % in DM	Jahresgrund- beitrag in DM	
	1	2	3	4	5	6	7
Kalthoff	583,00	2.776,10	3	475,35	1.058,35	68,35	990,00
Andernach	1.737,00	13.405,30	13	2.059,85	3.796,85	248,85	3.548,00
Johann & Konen	790,00	-,--	-	-,--	790,00	51,00	739,00
Novaktin	1.217,00	4.776,50	5	792,25	2.009,25	130,25	1.879,00
Schwegmann	683,00	3.773,30	4	633,80	1.316,80	85,80	1.231,00
Thomas	2.263,00	24.532,70	24	3.802,80	6.065,80	394,80	5.671,00
Vialit	1.352,00	1.343,50	1	158,45	1.510,45	98,45	1.412,00
Althoff	790,00	546,80	1	158,45	948,45	61,45	887,00
Kautex	6.064,00	28.672,40	29	4.595,05	10.659,05	692,05	9.967,00
Linco	3.676,00	19.828,80	20	3.169,00	6.845,00	444,00	6.401,00
	19.155,00	99.655,40	100	15.845,00	35.000,00	2.275,00	32.725,00
Rübenach	5.000,00	18.988,90			5.000,00	325,00	4.675,00
	24.155,00	118.644,30	100	15.845,00	40.000,00	2.600,00	37.400,00
übrige Verloader	-,--	3.381,90	-	-,--	-,--	-,--	-,--
	24.155,00	122.026,20	100	15.845,--	40.000,00	2.600,00	37.400,00



Tabelle 2

	Jahresgrund- beitrag in DM	zuzüglich Index 20,1% in DM	Jahresbeitrag incl. Index in DM	zuzüglich 11 % MSt. in DM	Brutto-Jahres- beitrag incl. Index in DM
	1	2	3	4	5
Kalthoff	990,00	199,00	1.189,00	131,00	1.320,00
Andernach	3.548,00	713,00	4.261,00	469,00	4.730,00
Johann & Konen	739,00	148,00	887,00	97,00	984,00
Novaktin	1.879,00	377,00	2.256,00	248,00	2.504,00
Schwegmann	1.231,00	247,00	1.478,00	163,00	1.641,00
Thomas	5.671,00	1.140,00	6.811,00	749,00	7.560,00
Vialit	1.412,00	284,00	1.696,00	187,00	1.883,00
Althoff	887,00	178,00	1.065,00	117,00	1.182,00
Kautex	9.967,00	2.003,00	11.970,00	1.317,00	13.287,00
Linco	6.401,00	1.286,39	7.687,39	845,29	8.532,68
	32.725,00	6.575,39	39.300,39	4.323,29	43.623,68
Rübenach	4.675,00	-,--	4.675,00	514,00	5.189,00
	37.400,00	6.575,39	43.975,39	4.837,29	48.812,68



Tabelle 3

	Umlagesatz für Weniger- verladung in %	Betrag der Wenigerverla- dung in DM	zuzüglich 11 % MST in DM	Beitragsan- teil für Wenig- erverladung in DM	zuzügl. Brutto- Jahresbeitrag nach Tabelle 5 in DM	Gesamtbei- tragsauf- kommen 1968 in DM
	1	2	3	4	5	6
Kalthoff	2	232,00	25,00	257,00	1.320,00	1.577,00
Andernach	10	1.162,00	128,00	1.290,00	4.730,00	6.020,00
Johann & Konen	8	929,00	102,00	1.031,00	984,00	2.015,00
Novaktin	4	465,00	51,00	516,00	2.504,00	3.020,00
Schwegmann	4	465,00	51,00	516,00	1.641,00	2.157,00
Thomas	20	2.323,00	256,00	2.579,00	7.560,00	10.139,00
Vialit	10	1.162,00	128,00	1.290,00	1.883,00	3.173,00
Althoff	2	232,00	25,00	257,00	1.182,00	1.439,00
Kautex	23	2.672,00	294,00	2.966,00	13.287,00	16.253,00
Linco	17	1.975,98	217,98	2.193,96	8.532,68	10.726,64
	100	11.617,98	1.277,98	12.895,96	43.623,68	56.519,64
Rübenach		-,--	-,--	-,--	5.189,--	5.189,--
	100	11.617,98	1.277,98	12.895,96	48.812,68	61.708,64



32 7v-20

StadtA Sankt Aug., ME 1418, Bl. 20

9301

# **Sicherung der Bahnübergänge von Eisenbahnen des nichtöffentlichen Verkehrs**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und  
Verkehr v. 26. 6. 1962 — V/C 3 — 43—16/0 — 37/62  
V/D 1 — 22—02

I. Durch Artikel 3 Nr. 3b der Verordnung zur Änderung  
von Vorschriften des Straßenverkehrs vom 7. Juli 1960  
(BGBl. I S. 485) ist § 3a Abs. 4 StVO dahin ergänzt  
worden, daß Bahnübergänge, an denen der Vorrang  
nach § 3a Abs. 1, 2 oder 3 StVO nicht besteht, nicht  
überquert werden dürfen, wenn Bahnbedienstete durch  
Schwenken einer rot-weißen Flagge auf das Heran-  
nähern von Schienenfahrzeugen hinweisen. Vom Her-  
einbrechen der Dunkelheit an oder wenn die Witte-  
rung es erfordert, tritt an Stelle der rot-weißen Flagge  
rotes Licht.

Diese Regelung ermöglicht es nunmehr, an zahlrei-  
chen Bahnübergängen von Eisenbahnen des nichtöf-  
fentlichen Verkehrs die Andreaskreuze zu entfernen.  
Aus Anlaß dieser Neuregelung sind alsbald die Bahn-  
übergänge von Eisenbahnen des nichtöffentlichen Ver-  
kehrs durch die Straßenverkehrsbehörden und die  
Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht unter Be-  
teiligung der Bahnunternehmer daraufhin zu überprü-  
fen, ob ihre Sicherung den Bestimmungen dieses Rund-  
erlasses entspricht, insbesondere ob von der Möglich-  
keit der Sicherung durch Bahnbedienstete unter Ver-  
zicht auf Andreaskreuze Gebrauch gemacht werden  
kann. Bei Grubenanschlußbahnen ist auch die Berg-  
behörde hinzuzuziehen. Diese Prüfungen sollen bis  
zum 1. Juli 1963 beendet sein.

Für die Sicherheit von Bahnübergängen können bei  
Eisenbahnen des nichtöffentlichen Verkehrs folgende  
Sicherungsarten angeordnet werden:

1. Sicherung ausschließlich durch Andreaskreuze,
2. Sicherung durch Bahnbedienstete,
3. Sicherung durch technische Anlagen, ggf. in  
Verbindung mit Andreaskreuzen.

## **Zu 1. Sicherung ausschließlich durch Andreaskreuze.**

Die Aufstellung von Andreaskreuzen ist nur noch in  
**Ausnahmefällen anzuordnen.**

Voraussetzungen für die Aufstellung von Andreas-  
kreuzen sind:

- a) daß die Bahn an dem Übergang auf besonderem  
Bahnkörper verlegt ist,
- b) daß dem Eisenbahnverkehr wegen der örtlichen  
Verhältnisse ein Vorrang gegeben werden muß.  
Dies kann z. B. der Fall sein, wenn wegen einer  
starken Steigung ein Anhalten bzw. Anfahren des  
Zuges vor dem Bahnübergang nicht möglich ist,
- c) daß die Kreuzung von den Verkehrsteilnehmern  
und vom Triebfahrzeugführer ausreichend und  
rechtzeitig übersehen werden kann,
- d) daß technische Sicherungsanlagen nicht erforderlich  
sind.

## **Zu 2. Sicherung durch Bahnbedienstete.**

Liegen die Voraussetzungen für eine Sicherung aus-  
schließlich durch Andreaskreuze nicht vor und sind  
andererseits technische Sicherungsanlagen nicht erfor-  
derlich, so ist eine Sicherung durch Bahnbedienstete  
anzuordnen.

Bei der Sicherung durch einen — notwendigenfalls  
auch durch mehrere — Bahnbedienstete ist wie folgt  
zu verfahren:

1. Der Bahnbedienstete muß als solcher durch Uni-  
form oder Dienstmütze kenntlich sein;
2. er muß mit einer rot-weißen Flagge oder — wenn  
die Sichtverhältnisse es erfordern — mit einer rot-  
geblendeten Laterne ausgerüstet sein;
3. er hat sich rechtzeitig beim Nähern eines Schie-  
nenfahrzeuges gut sichtbar auf dem Bahnübergang  
aufzustellen und die Flagge bzw. Laterne senk-  
recht hoch zu halten (Achtung! Kreuzung frei  
machen!);

1. Kenntnis genommen.
2. Zu den Akten.

Siegburg-Wildorf, den 8. 11. 1962  
Der Amtsdirektor  
Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

*ha*



- Alarmeinrichtungen vorgesehen werden. Über die Herstellung einer solchen Einrichtung an der hiesigen Schule ist bisher nicht endgültig entschieden worden.
- 9.) Verbesserungarbeiten an der Wassergewinnungsanlage in St. Augustin. Erläuterung: Über die notwendigen Arbeiten werden von der Verwaltung Vorschläge gemacht.
- 10.) Wasserleitungsangelegenheiten. Erläuterung: Einzelheiten werden in der Sitzung bekanntgegeben.
- B) Nichtöffentliche Sitzungen
- 1.) Genehmigung der Niederschriften. Erläuterung: Über die nichtöffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 18. 9. 1961, b) über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29. 9. 1961. Erläuterung: Die vorbereiteten Niederschriften sind allen Mitgliedern der Gemeindevertretung zugestellt worden.
- 2.) Zuweisung eines SBZ-Lehrers an die Volksschule in Stegburg-Mülldorf. Erläuterung: Das Schulamt für den Stegburg-Bezirk, den SBZ-Lehrer Horst Ender, wohnhaft in Oberpleis, der hiesigen Volksschule zuzuwenden. Hierin wird die Stellungnahme der Gemeindevertretung erbeten.
- 3.) Zuschuss an den Unterhaltungskosten von Kinderbetten in St. Augustin. Erläuterung: Die Entscheidung über die Zahlung von Zuschüssen ist in der am 24. 8. 1961 stattgefundenen Ratssitzung verabschiedet worden.
- 4.) Erhebung von Straßennutzungsbeiträgen. Erläuterung: Hinsichtlich der Berechnung von Anlagebeiträgen hat die Fraktion der DWG in der Sitzung am 18. 9. 1961 einen Vorschlag unterbreitet. Eine Ausarbeitung der schriftlichen Ausarbeitung dieses Vorschlages ist der Einladung beigefügt.
- 5.) Bau- und Grundstücksangelegenheiten. Erläuterung: Es stehen folgende Bau- und Grundstücksangelegenheiten zur Beratung an:
- a) Bauantrag der Deutschen Gasolin-Mittelgesellschaft, Niederlassung Köln, auf Errichtung einer Tankstelle an der Bonner Straße;
- b) Bauantrag Kraus/Miebach, auf Errichtung eines Wohnhauses an der Schulstraße;
- c) Bauantrag Hans Lindner, Troisdorf, auf Errichtung eines Wohnhauses an der Wehrleiderstraße (Stoßstraße);
- d) Bauantrag Maria True, Stegburg-Mülldorf, auf Errichtung einer Garage und einer Einfriedigung;
- e) Bauantrag Rudolf Sterzenbach, Stegburg-Mülldorf, auf Errichtung eines Wohnhauses an der Bahnhofstraße;
- f) Bauantrag Hans Franken, Stegburg-Mülldorf, auf Errichtung eines Wohnhauses (Bungalovestil) an der Wehrleiderstraße (Stoßstraße);
- g) Bauantrag Gottfried Boosten, St. Augustin, auf Errichtung von Garagen am Holweg - Stellungsmaße des Wasserwirtschaftsamt Bönning;
- h) Bauanträge der Gemeinnützigen Deutschen Wohnbau-Gesellschaft mbH. Düsseldorf auf Errichtung von Wohnblöcken in der Gemarkung Stegburg-Mülldorf, Plan 2, Parzellen 945 und 967/11;

4. anschließend hat er einen oder beide Arme quer zur Richtung des Straßenverkehrs auszustrecken (Halt!).

### Zu 3. Sicherung durch technische Anlagen.

Technische Anlagen sind zu errichten, wenn

- dem Eisenbahnverkehr wegen der örtlichen Verhältnisse ein Vorrang vor dem Straßenverkehr gegeben werden muß und
- wegen starken Eisenbahnverkehrs, starken Straßenverkehrs, mangelhafter Übersichtlichkeit oder aus sonstigen Gründen eine Sicherung durch Bahnbedienstete oder ausschließlich durch Andreaskreuze nicht ausreicht, oder wenn bei einer Sicherung durch Bahnbedienstete diese durch den starken Straßenverkehr gefährdet würden.

Technische Sicherungsanlagen sind:

- Blinklichtanlagen (rotes Blinklicht), ggf. in Verbindung mit Halbschranken,
- Straßenverkehrssignalanlagen (Farbzeichen nach § 2 StVO),
- Vollschranken.

Sicherungsanlagen nach 1. und 3. dürfen nur in Verbindung mit Andreaskreuzen aufgestellt werden. Voraussetzung dafür ist ferner, daß die Bahn an dem Übergang auf besonderem Bahnkörper verlegt ist; andernfalls ist nur eine Sicherung durch Farbzeichen nach 2. zulässig.

Welche dieser technischen Sicherungen zu wählen ist, richtet sich im übrigen nach den örtlichen Verhältnissen. Sind z.B. im Straßenzug schon mehrere Blinklichtanlagen aufgestellt, so soll diese Sicherungsart auch bei den weiteren Bahnübergängen des Straßenzuges beibehalten werden. In geschlossenen Ortschaften sollen Straßenverkehrssignalanlagen aufgestellt werden, wenn nicht besondere Gründe dem entgegenstehen. Sowohl Blinklichtanlagen als auch Straßenverkehrssignalanlagen können von Hand oder durch die Fahrzeuge der Eisenbahn eingeschaltet werden. Wird die Anlage durch die Fahrzeuge der Eisenbahn (z.B. über Schienenkontakte) eingeschaltet, so muß ein Überwachungssignal aufgestellt werden, daß dem Triebfahrzeugführer das Funktionieren der Sicherungsanlage anzeigt.

Ist die Sicherung durch Blinklicht oder Straßenverkehrssignal nicht ausreichend, so muß die Anlage von Vollschranken angeordnet werden.

Ist eine technische Sicherungsanlage gestört, so darf der Bahnübergang nur mit besonderer Vorsicht befahren werden. Er muß außerdem durch Bahnbedienstete nach § 3 a Abs. 4 StVO hinreichend gesichert werden.

Vereinzelte werden zur Zeit noch Warnlichtanlagen älterer Bauart verwandt, nämlich Anlagen, die sowohl ein rotes als auch ein weißes Blinklicht zeigen. Derartige Anlagen müssen bis zum 31. Dezember 1963 entfernt und durch eine der zugelassenen Sicherungsarten ersetzt werden.

II. Die erforderlichen Anordnungen für die Aufstellung von Andreaskreuzen oder Straßenverkehrssignalanlagen ergehen auf Grund von § 3 StVO durch die Straßenverkehrsbehörde; für die Sicherung durch Bahnbedienstete, Blinklicht- oder Schrankenanlagen auf Grund von § 13 Abs. 2 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen (BOA) vom 28. Januar 1958 (GV. NW. S. 59) durch die Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht im gegenseitigen Einvernehmen. Besteht im Falle der Aufstellung von Andreaskreuzen oder der Sicherung durch Bahnbedienstete zwischen Straßenverkehrsbehörde und Landesbevollmächtigtem für Bahnaufsicht Übereinstimmung, so gilt meine nach § 3 Abs. 5 StVO und nach Ziffer A III des Verwaltungsabkommens über die Durchführung der Aufsicht über die nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen vom 28. November/11. Dezember 1951 (SMBI. NW. 9300) erforderliche Zustimmung als erteilt. Wenn ein

Einvernehmen nicht zustande kommt, ist meine Entscheidung einzuholen. Für die Aufstellung oder Änderung von technischen Sicherungsanlagen ist in jedem Fall meine Zustimmung einzuholen. Vorschläge sind mir auf dem Dienstwege mit folgenden Unterlagen vorzulegen:

- Lageplan,
- Beschreibung der Anlage,
- Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde bzw. des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht.

III. Bei Grubenanschlußbahnen ist für alle Maßnahmen auch das Einvernehmen mit der Bergbehörde herbeizuführen. Die Sicherung durch Bahnbedienstete, Blinklicht- oder Schrankenanlagen wird von der Bergbehörde im Einvernehmen mit dem Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht und der Straßenverkehrsbehörde im Betriebsplanverfahren geregelt. Die Sicherung durch Andreaskreuze oder Straßenverkehrssignalanlagen wird auf Grund von § 3 StVO von der Straßenverkehrsbehörde im Einvernehmen mit der Bergbehörde und dem Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht angeordnet. Im übrigen gilt Abschnitt II entsprechend.

An die Regierungspräsidenten,  
Oberbergämter und Bergämter,  
den Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht bei der Bundesbahndirektion Essen, Hannover, Köln, Münster, Wuppertal,  
die Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBI. NW. 1962 S. 1245.